

Parteienfamilien als Ideal- und Realmodell: politikwissenschaftlicher Anachronismus oder Forschungsansatz mit Zukunft?

Benjamin Höhne

1. Forschungsanliegen

„Parteienfamilien – Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?“, zu diesem Thema fand die Jahrestagung des Arbeitskreises Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft Ende September 2009 in Kiel statt. Bereits bei den Diskussionen im Anschluss an die ersten Vorträge wurde deutlich, dass der Leitbegriff der Veranstaltung unterschiedlich verstanden und gebraucht wird. Selbst seine Schreibweise ist nicht einheitlich: Parteienfamilien stehen Parteifamilien gegenüber.¹ Werden die summierten Suchergebnisse der Online-Suchmaschine *Google* als Anhaltspunkt für die quantitative Verbreitung eines Wortes im öffentlichen/virtuellen Sprachgebrauch herangezogen, entfallen 21.400 Nennungen auf ‚Parteienfamilie‘ (2.260 auf ‚Parteienfamilien‘) und 3.500 auf ‚Parteifamilie‘ (4.390 auf „Parteifamilien“) (Recherche vom 05.03.2010). Am häufigsten und mit deutlichem Abstand zu den drei weiteren Schreibweisen wird ‚Parteienfamilie‘ gefunden. Auch in diesem Aufsatz wird der Terminus ‚Parteienfamilie‘ verwendet, bei dem es nach seinem Wortsinn um eine Familie geht, der mindestens zwei politische Parteien angehören. Parteien sind demnach die Subjekte einer Familie und begründen durch ihre Gemeinsamkeiten eine Parteienfamilie.

Der Parteienfamilienbegriff gehört zum Standardvokabular der Politikwissenschaft, längst nicht nur in der Parteienforschung, sondern auch in anderen

1 In der deutschsprachigen Politikwissenschaft werden ‚Parteifamilien‘ (vgl. beispielsweise Adam/Pfetsch 2009: 577; Detterbeck/Renzsch 2008: 41; Holtkamp/Schnittke 2010: 27; Leunig 2009: 457; Niedermayer 2008: 13) als auch ‚Parteienfamilien‘ (vgl. beispielsweise Decker 2006: 9; Egle 2010: 5; Franzmann 2008: 79; Mittag 2006b: 32f.) gebraucht, mitunter sogar nebeneinander in einer Abhandlung (vgl. etwa Lucardie 2007: 64f.; Pelinka 2002: 281f.). In der Literatur verwendete Synonyme/Übersetzungen von ‚Parteienfamilien‘ sind: ‚politische Familien‘ (vgl. Höhne 2006: 162), ‚Politik-Familien‘ (Schmitz 2009: 488), ‚ideologische Familien und Parteiengruppen‘ (von Beyme 1984: 43), ‚party families‘ (Best/Hausmann/Schmitt 2000: 147; Graham 1993: 54; Raunio 2002: 408), ‚political-ideological families‘ (Schmidt 2008: 60), ‚ideological families‘ (vgl. Deschouwer 2006: 293), ‚familles spirituelles‘ (Seiler 1980), ‚Fraktionsfamilien‘ (Damm 1999: 395), ‚politische Ideenströmungen‘ (Stammen 1977: 232), ‚geistliche Gemeinschaften‘ (Duverger 1951: 245), ‚politische Lager oder Gruppen‘ (vgl. von Beyme 1984: 28f.), ‚politische Parteienlager und Programmfamilien‘ (Holländer 2003: 46), ‚parteipolitische Grundrichtungen‘ (vgl. Grotz 2007: 271), ‚parteipolitische Grundströmungen‘ (vgl. Mittag 2006b: 14) und ‚politische Grundausrichtungen‘ (vgl. Linder 2009: 586).

Subdisziplinen wie etwa der Föderalismus- oder der Medienforschung (vgl. Leunig 2009: 457; Adam/Pfetsch 2009: 577f.). Er ist jedoch keine rein analytische Kategorie, sondern findet ebenfalls in der praktischen Politik Verwendung. Der vorliegende Aufsatz wird sich theoretisch-konzeptionell und empirisch-analytisch mit Parteienfamilien, die – wie noch näher zu zeigen sein wird – als politikwissenschaftliches Ideal- *und* als politpraktisches Realmodell vorkommen, auseinandersetzen. Das Anliegen dieses Beitrags ist eine überblicksartige Bestandsaufnahme zu Parteienfamilien allgemein und die Beantwortung der Frage, was das Idealkonzept der Parteienfamilien bei einer gegenwartsbezogenen Analyse von Parteien und Parteiensystemen in und außerhalb von Parlamenten leisten kann. Ist es, wie seine bereits angedeutete Ambivalenz, Bedeutungsvielfalt und Unbestimmtheit vermuten lassen könnten, ein politikwissenschaftlicher Anachronismus, der bei seiner Anwendung Unschärfe erzeugt und mehr offene als beantwortete Fragen aufwirft? Oder ist es im Hinblick auf die – wie ebenfalls noch auszuführen sein wird – sich intensivierende grenzüberschreitende Parteienzusammenarbeit auf globaler und europäischer Ebene ein Forschungsansatz mit Zukunft?

Eingangs erfolgt eine Bedeutungsanalyse der Bestandteile des Wortes ‚Parteienfamilie‘. Werden zwei Begriffe aneinandergereiht, um einen neuen zu kreieren, kann sich dieser nie gänzlich von den Kernbedeutungen seiner Ursprungswörter lösen und sollte es auch nicht. Insofern kommt auch die Beschäftigung mit dem Parteienfamilienbegriff nicht umhin, ‚Partei‘ und ‚Familie‘ isoliert voneinander zu betrachten und zu definieren. Nachdem damit die Semantik des Terminus näher bestimmt wurde, geht es im Hauptteil um seine prozessuale Dimension beziehungsweise seine historische Verzeitlichung als analytische und realweltliche Kategorie. Abschließend werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst und es sollen die diesen Text leitenden Forschungsfragen beantwortet werden.²

2. Exkurs: Definitionen von ‚Partei‘ und ‚Familie‘

Obwohl Begriffsbestimmungen und Funktionsbeschreibungen von politischen Parteien in demokratischen politischen Systemen inzwischen schier unüberschaubar sind und sich diese je nach demokratietheoretischer Perspektive und/oder empirischem Referenzrahmen nicht nur in Details voneinander unterscheiden können, herrscht in der international vergleichenden Politikwissenschaft Konsens darüber, dass die intermediäre Stellung und Aufgabenwahrnehmung einer Partei den Kernbestandteil ihrer Erklärung ausmacht (vgl. Sartori 1976: 25). Parteien lassen sich als Organisationen definie-

2 Für eine weitere Auseinandersetzung mit dem Begriff der Parteienfamilie vgl. auch den Beitrag von Johannes N. Blumenberg und Manuela S. Kulick in diesem Band.

ren, die gesellschaftliche Interessen und Problemlagen aufgreifen, diese zu kollektiven Lösungsansätzen verarbeiten und danach streben, diesen Geltung im staatlichen Willensbildungsprozess durch allgemeinverbindliche Entscheidungen zu verschaffen. Nicht zuletzt auch in Anbetracht der an Umfang und Detail reichen politikwissenschaftlichen Debatte zum Parteibegriff (vgl. etwa bei Jun 2010: 11f.; Schüttemeyer 1999: 41; Wiesendahl 1980: 306) wird auf eine Literaturlauswertung und Analyse des Parteibegriffs verzichtet und gleich der in der Parteienforschung unterbelichtete Familienbegriff näher betrachtet.

Eine Parteienfamilie ist keine Familienpartei, die die Interessenvertretung von Familien anstrebt oder proklamiert, sondern ein Konstrukt, bei dem eine Familie das mehrere Parteien als kollektiven Akteuren miteinander verbindende Objekt ist. Besonders interessiert nun, welche Analogien zwischen der sozialen Familie und derjenigen aus Parteien herausgearbeitet werden können. Wie verschiedenen Nachschlagewerken zu entnehmen ist, hat der Familienbegriff im letzten Vierteljahrhundert einen erheblichen Bedeutungswandel erfahren. Im Wörterbuch zur deutschen Sprache des Akademie-Verlags werden unter Familie „die eine Gemeinschaft bildenden, gemeinsam in einem Haushalt lebenden Ehepartner und ihr Kind, ihre Kinder“ (Kempcke 1984: 368) gefasst. Kaum davon abweichend wird Familie im Deutschen Wörterbuch von Lutz Mackensen, als „Gemeinschaft von Eheleuten und ihren Kindern“ (Mackensen 1986: 351) erklärt. Die Besonderheiten einer Familie sind in beiden Lexika die rechtsverbindliche Vertrags- und Verpflichtungsgemeinschaft (Ehe von Mann und Frau) sowie die zwei Generationen umfassende Verwandtschaftsgruppe ersten Grades (Eltern und ihre Kinder). Mit der Berücksichtigung eines gemeinsam geteilten Haushalts beziehungsweise einer Hausgemeinschaft knüpft erste Definition an den lateinischen Wortsinn von Familie für *familia* an. Nach dem traditionellen Verständnis von Familie gründet sich diese mit der Geburt eines Kindes innerhalb einer vertraglich abgesicherten Gemeinschaft aus Mann und Frau. Sie setzt sich aus einem exklusiven Personenkreis zusammen, deren Mitglieder in einem Werte weitergebenden und sozialisatorisch wirkenden verwandtschaftlichen Verhältnis innerhalb einer Gemeinschaft zueinanderstehen.

Soziologisch sind beide, stark durch das traditionelle respektive kleinbürgerliche Familienbild normativ geprägten Definitionen ungefähr ein Vierteljahrhundert nach ihrer Veröffentlichung nicht mehr aufrechtzuerhalten. In jüngerer Zeit wird ‚Familie‘ als eine „aus einem Elternpaar oder einem Elternteil und mindestens einem Kind bestehende [Lebens]gemeinschaft“ (Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion 1999: 1169, Klammern im Original) definiert. Ganz offensichtlich ist der Familienbegriff pluraler und als Konsequenz daraus auch beliebiger geworden. Kernbestandteil des modernen Familienbildes ist die Gemeinschaft von Eltern oder eines Elternteils mit einem oder mehreren Kindern. Damit werden alternative Familienformen wie nicht eheliche Lebensgemeinschaften, Einelternfamilien, gleichgeschlechtliche oder *Patchwork*-Familien begrifflich genauso erfasst wie die traditionelle Familie. Ge-

meinsam ist den neuen Familienformen, dass ihre soziale Stabilität, ihr Verpflichtungscharakter und ihre Dauerhaftigkeit, insbesondere über mehrere Generationen hinweg, aufgrund fehlender tradierter Beziehungsmuster und eines in geringerem Maße ausgeprägten Institutionalierungsgrades tendenziell schwächer als bei der traditionellen Familie ausgebildet sind (vgl. Nave-Herz 2002: 51).

Bei der Verbindung von ‚Parteien‘ und ‚Familie‘ kann das ‚Wesensmerkmal‘ von Familie trotz ihrer innewohnenden Vielschichtigkeit, ihrer gestiegenen Flexibilität und ihrer zugenommenen Reichweite infolge gesellschaftlicher Veränderungsprozesse nicht ausgeblendet werden, selbst bei einem metaphorischen Gebrauch. Frühere und aktuelle Familiendefinitionen eint das Eltern-Kind/er-System und die Funktion von Familie als soziale Gemeinschaft für emotionale und funktionale Bedürfnisse (vgl. Nave-Herz 2002: 50). Diese Konstanten des Kerns einer Familie auf eine Gemeinschaft aus Parteien projiziert, müssten sich für die Parteien einer gemeinsamen Familie in einem weiteren Sinne zu verstehende Parallelen bei ihrem historischen Gründungszusammenhang sowie bei ihren – freilich zu spezifizierenden – expressiven und funktionalen Anliegen herausarbeiten lassen.

3. Parteienfamilien als Ideal- und Realmodell

3.1 Parteienfamilien als Idealmodell: ein historisch-statisches Typologisierungskonzept basierend auf dem Entstehungszusammenhang der Parteien?

In der vergleichenden Politikwissenschaft dient der Parteienfamilienbegriff sowohl in längs- als auch in querschnittanalytischen Forschungsdesigns dazu, Parteien – primär aus westlichen Regierungssystemen – in ihren vielfältigen empirischen Erscheinungsformen nach gemeinschaftlich geteilten Kriterien zu ordnen (vgl. Caramani 2004; Mair/Mudde 1998; Pelinka 2005: 81; Stykow 2007: 116-118). Durch komplexitätsvereinfachende Typenbildungen können Parteien systematisch miteinander verglichen werden, um letzten Endes wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen, die über das Verständnis einer oder mehrerer – immer auch in den sie umgebenden Systemkontext eingebundener – Parteien hinausreichen. Das heißt, es werden theoretische Idealmodelle konstruiert, die in ihrer Reinform nur sehr selten eine vollständige Entsprechung in der politischen Realität finden.

Dieser Parteienfamilienansatz ist keine Klassifikation, die ihre Untersuchungsobjekte anhand der Ausprägung eines Merkmals einteilt (vgl. Lauth/Winkler 2002: 43f.), sondern eine Typologie, die mehrere Merkmale gleichzeitig in einem komplexen Modell beachtet. Verbreitete Klassifikationsansätze von Parteien (für einen Überblick vgl. Gunther/Diamond 2003) rekurre-

ren zum Beispiel auf das vorherrschende innerparteiliche Willensbildungsmuster, vor allem mit dem Fokus auf die binnenorganisatorische Demokratiequalität (vgl. Wiesendahl 1980), die Organisationsbeschaffenheit und -gliederung (vgl. Poguntke 2000), die Wählerstruktur (vgl. Bartolini/Mair 1990), die Mitgliederstruktur (vgl. Jun/Niedermayer/Wiesendahl 2009), die dem tagesaktuellen Parteihandeln übergeordneten Parteiziele (vgl. Strøm 1990), die Programmatik (vgl. Budge et al. 2001) oder die Funktionen im und die Stellung zum politischen System (vgl. Stammen 1977).

Mit Parteienfamilienansätzen wird versucht mehreren Parteien gemeinsame Klassifikationsmerkmale in einer Typologie zusammenzuführen (vgl. beispielsweise von Beyme 1984; Ware 1996: 21-49). Die Zuordnung einzelner Parteien zu einer Parteienfamilie ist ein Instrument zur Komplexitätsreduktion in Fall- und ländervergleichenden Studien. Beispielsweise können bei der Analyse eines Parteiensystems, das stark fragmentiert und durch Instabilität gekennzeichnet ist, das heißt den Extrembedingungen des schnellen Zerfalls, Umbenennens und Neuentstehens von Parteien unterliegt, mit der Zuordnung von Parteien zu Parteienfamilien grundsätzliche, oberflächlich kaum fassbare Entwicklungen nachgezeichnet, analysiert, bewertet und im Rahmen der prinzipiell beschränkten sozialwissenschaftlichen Möglichkeiten sogar prognostiziert werden (vgl. beispielsweise für das italienische Parteiensystem Zohlnhöfer 2006).

Der wichtigste Ausgangspunkt bei der Typologisierung von Parteien nach Parteienfamilien ist in gewisser Analogie zum eingangs diskutierten sozialen Familienbegriff ihr historischer Entstehungskontext. Dabei wird davon ausgegangen, dass Parteien zwar dynamische und anpassungsfähige, aber eben auch traditionsgebundene Organisationen – oder wie es Alan Ware ausdrückt ‚Gefangene ihrer eigenen Geschichte‘ sind (vgl. Ware 1996: 18). Maurice Duverger (1959: 13) schreibt in der Einleitung seines vielbeachteten Werks ‚Die Politischen Parteien‘ über die Genesis der Parteien: ‚das gesamte Leben der Partei trägt den Stempel ihrer Geburt‘. Doch wann und unter welchen Begleitumständen begann die Geschichte der Parteien?

Zur Erklärung der ‚Geburt‘ der *modernen* Parteien hat sich die makrosoziologische *Cleavage*-Theorie durchgesetzt (vgl. Lipset/Rokkan 1967; Bartolini/Mair 1990; Hanley 2006; Mielke 2001). Auch Parteienfamilien werden häufig in den Zusammenhang zur Entstehung der nationalen westlichen Parteiensysteme nach diesem wissenschaftlich verbreiteten und vielfach bekräftigten Ansatz gestellt (vgl. von Beyme 1984; Hanley 2002; Höhne 2006: 162). Peter Mair und Cas Mudde erachten den Ursprung der Parteien als verbunden mit deren programmatischen Identitätskernen. Sie schreiben: ‚ideology of a party is comparable to the origin of a party because both attempt to uncover that which defines the party in the first place. Ideology and origin may also be usefully linked together in a parallel strategy aimed at analyzing the continued relevance and coherence of the whole notion of party families‘ (Mair/Mudde 1998: 220). Nach Auslegung der *Cleavage*-

Theorie – eine handlungstheoretische Sichtweise auf Parteien dabei außen vorlassend – sind Parteien die ‚Kinder‘ respektive Resultate gesellschaftlicher Umbruchsituationen im Zuge der Nationalstaatsbildung und der Industrialisierung im Europa des 19. Jahrhunderts. Die soziokulturellen und die sozioökonomischen Konflikte hatten zu radikalen gesellschaftlichen und politischen Transformationen geführt. Die entstehenden nationalen Gesellschaften konnten trotz unterschiedlicher sozialer, konfessioneller und ökonomischer Besonderheiten in sogenannte sozialmoralische Milieus mit gemeinsamen kollektiven Identitäten, Wertvorstellungen, impliziten oder expliziten Interessen und Verhaltensdispositionen aufgeteilt werden (vgl. Lepsius 1966).

Aus den größten einzelnen Bevölkerungssegmenten – nach Marxscher Lesart die Klassen – sind nach ihrer Wählerstruktur und programmatischen Ausrichtung langfristig stabile Parteien hervorgegangen, die sich grob zu einer den Nationalstaat übergreifenden Parteienwettbewerbsgrundstruktur zusammenfassen lassen. Deren konkrete Erscheinungsformen waren jedoch auch von intervenierenden Einflüssen abhängig, wie politisch-institutionelle Rahmenbedingungen, insbesondere das Wahlrecht mit seinen Reintypen des Mehrheits- und Verhältniswahlsystems, sowie kulturelle Verstärkungen oder Abschwächungen der spezifisch nationalen Konfliktverteilungen und -intensitäten. Aus dieser Perspektive konstituieren sich Parteienfamilien aus Parteien, denen die Interessenkonflikte zwischen Arbeit versus Kapital und Stadt versus Land (sozioökonomische *Cleavages*) sowie zwischen Zentrum versus Peripherie und Staat versus Kirche (soziokulturelle *Cleavages*) zugrunde liegen oder diese nach dem Verständnis von Parteien als Konfliktmanager als weltanschauliche Grundlage ihres Selbstverständnisses und Wirkens genutzt wurden (vgl. Daalder 1966: 67-69; Lipset/Rokkan 1967: 9f., 14; Steininger 1984: 151f.). Als der europaweit bis heute prägendste Konflikt gilt der in Folge der industriellen Revolution aufkommende Klassenkonflikt, der auf Parteien und ihre Wähler bezogen häufig als Links-Rechts-Gegensatz konzeptualisiert wird (vgl. Bartolini/Mair 1990). Als „Antwort auf die Herausforderung durch die extreme Linke“ (von Beyme 1984: 175) kommen zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg rechtsextremistische beziehungsweise faschistische Bewegungen und Parteien auf.

Nimmt man das eine Familie aus Parteien konstituierende Element des entwicklungsgeschichtlichen Entstehungszusammenhangs ernst, greift das in den konflikttheoretischen Ansatz eingebettete Verständnis von Parteienfamilien allerdings zu kurz: Parteien oder besser deren Vorläufer – Hans Daalder nennt sie „proto parties“ (Daalder 1966: 51) – haben sich nicht erst im Kontext der industriellen Revolution und der Nationalstaatsentstehung beziehungsweise -erstarkung formiert, sondern in einem historisch viel weiter zurückreichenden evolutionären und konfliktreichen Prozess, so die Perspektive institutioneller Parteienentstehungstheorien. Etappenweise und keineswegs linear und europaweit gleich verlaufende Parlamentarisierungen und

Demokratisierungen politischer Systeme von Monarchien zu Republiken bis zu modernen repräsentativen Demokratien wurden durch parteiähnliche parlamentarische Gruppen – auch durch Strukturierungen gesellschaftlicher Kontroversen – entweder vorangetrieben, mehr oder minder mitgetragen oder aber bekämpft. Im britischen Unterhaus zum Beispiel bildete sich bereits im 17. Jahrhundert eine parteiliche Zusammensetzung politischer Eliten entlang des Konflikts zwischen Monarchisten und Republikanern heraus, bei der die *Tories* als Interessenvertreter der Krone den *Whigs* als politischer Gruppierung des im wortwörtlichen Sinne ökonomisch aufstrebenden und Herrschaftspartizipation anstrebenden Bürgertums gegenüberstanden. Beide parlamentarische Strömungen haben sich „im Kontext der funktionalen Anforderungen der parlamentarischen Demokratie“ (Helms 2006: 214) entwickelt und erst Ende des 19. Jahrhunderts auch außerparlamentarisch formiert.

In den meisten kontinentaleuropäischen Staaten setzten die Parlamentarisierung und damit auch die Parteipolitisierung des Politischen zwar später als im britischen Regierungssystem ein, jedoch vor dem Aufkommen der gegensätzlichen Großkonflikte. Ideengeschichtlich waren dabei die Aufklärung und die Französische Revolution von 1789 bedeutend (vgl. Stamm 1977: 59). Bereits im Vormärz (1815-1848) wurden die sich gesellschaftlich herausbildenden öffentlichen Meinungsströmungen staatsphilosophisch vorrauschaugend begleitet (vgl. Erbentraut 2009). Im sich formierenden deutschen Nationalstaat werden Mitte des 19. Jahrhunderts parteiähnliche, locker verbundene parlamentarische Gruppierungen entsprechend ihren weltanschaulichen Betrachtungsweisen, insbesondere zum bestehenden monarchischen Herrschaftssystem, unterschieden. Im Staatslexikon von 1848 werden vier politische Strömungen auf deutschem Boden ausgemacht: „Was am alten hängt, kann entweder stillstehen (conservativ im engeren Sinne), oder geradezu rückwärtsgehen (reactionär oder absolutistisch). Die Freunde des Neuen wollen den Fortschritt entweder mit Schonung der bestehenden Verhältnisse (Liberale im engeren Sinn), oder ohne Rücksicht auf die letzteren, schonungslos und von Grund auf (Radicale)“ (von Rotteck/Welcker 1848: 480; Klammern im Original). Auch zur Funktion, die den Parteien jeweils zugeacht sein sollte, gibt das Staatslexikon Auskunft: „Das richtige Verhältnis der *Parteien*, wie der Zustand der Menschheit es im Durchschnitt mit sich bringt, ist daher folgendes: Der Liberalismus führt gewöhnlich die Welt, der Conservatismus regiert sie, während an den Flanken der Radicalismus opponiert, der Absolutismus intrigürt“ (von Rotteck/Welcker 1848: 491; Hervorhebung B.H.).

Obwohl der Begriff der Parteienfamilie in der geschichtlichen Phase vor der Industrialisierung und der Nationalstaatsbildung in Europa noch nicht bekannt war, werden bereits im 1882 erschienenen Staats-Lexikon den einzelnen Parteien übergeordnete „Partei-gruppierungen und Parteischattierungen“ (vgl. Baumbach 1882: 402) benannt und dargestellt. Absolutistische, reaktionäre, konservative, liberale und radikale Parteien bilden die Länder-

grenzen überschreitenden *Ur-Parteienfamilien*. Ein zentrales Zuordnungsmittel der Parteien zu diesen Parteienfamilien waren ihre Positionierungen zwischen den Polen der Ablehnung und der Unterstützung gegenüber dem sie umhagenden Herrschaftssystem. Analog dazu könnten ebenso die Parteien der Gegenwart eingeteilt werden, wengleich der politische Systemkontext ein völlig anderer ist und die meisten Parteien dann zu den grundsätzlich systemunterstützenden gehören würden.

Jedenfalls ist zu betonen, dass nicht alle Parteien ihren Ursprung als Institutionalisierungen der *Cleavages* haben. Bei einigen Parteien, vor allem den konservativen und den liberalen, reichen die Wurzeln viel weiter zurück. Die konservativen Honoratioren- oder Eliteparteien stehen nicht ausschließlich, aber auch in der Traditionslinie reaktionärer und absolutistischer parlamentarischer Strömungen. Und die modernen liberalen Parteien knüpfen an entweder stärker ökonomische (gegen staatlichen Produktions- und Handelsprotektionismus) oder aber stärker gesellschaftliche und politische Freiheit herausstellende Vorläuferorganisationen an. *Cleavages*, die in der Entstehungsphase der bürokratisierten Massenintegrationsparteien die Funktion politischer Gravitationszentren ausgeübt haben, begründen die *klassischen Parteienfamilien*. Dass sich die politikwissenschaftliche Literatur vor allem mit diesen beschäftigt oder diese weiterzuentwickeln versucht, ist durch die das 19. Jahrhundert politisch prägende Bedeutungsaufwertung der Parteien zu erklären. In dieser historischen Phase der schrittweisen Ausdehnung des Wahlrechts und der Machttransfers auf Parlamente haben sich Parteien zu mächtigen Organisationen der repräsentativen Demokratie entwickelt (vgl. auch Scarrow 2006: 17).

Mit dem Aufkommen der *Cleavages* musste der Ur-Parteienfamilienkatalog geändert werden, einige Parteienfamilien wurden obsolet (absolutistische, reaktionäre), andere behaupteten sich (liberale und konservative) und neue kamen hinzu (unter anderem kommunistische und sozialistische). Aber auch die klassischen Parteienfamilien zeichneten sich nicht durch Dauerhaftigkeit aus, sondern blieben in ihrer ursprünglichen Grundformation nur für etwa ein Jahrhundert erhalten. Seit den 1970er Jahren haben sich neue Parteien gebildet, wiederum in Reaktion auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse, diesmal im Kontext der ökonomischen Entwicklung von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft, des Sozialstaatsausbaus und der Bildungsinklusion/-expansion (vgl. Inglehart 1977). Neu in den Parlamenten westlicher Demokratien vertretene Parteien waren vor allem grüne, ökologische, libertäre und (etwas später) auch populistische. Wesentlich für das theoretische Parteienfamilienkonzept ist dabei, dass sich diese Parteien – vor allem die grünen – nicht den wichtigsten klassischen Parteienfamilien des (christlichen) Konservatismus, des Regionalismus, des Liberalismus, der Sozialdemokratie und des Sozialismus/Kommunismus zuordnen ließen. Beim Übergang von den klassischen zu den *modernen Parteienfamilien* kam es also nicht zu einem Austausch von Parteienfamilien im Parteienfamilienka-

talog, sondern zu seiner Erweiterung. Vor allem bei den links- und rechts-populistischen Parteien ist es jedoch fraglich, ob diese eine eigenständige neue Parteienfamilie begründen oder vor allem der Stil ihrer Wähleransprache in und außerhalb von Parlamenten ein anderer ist als der der etablierten Parteien (vgl. zu dieser Diskussion Decker 2006; Hartleb 2004; Holtmann/Krappidel/Rehse 2006; Spier 2010). Versteht man populistische Parteien als gesellschaftliche Sprachrohre, die mit einfachen Botschaften auf Erschöpfungstendenzen der komplexen europäischen Mehrebenendemokratien bei ihrer vorrangig funktionalistischen Integration in das EU-Projekt aufmerksam machen, können sie von anderen Parteien abgegrenzt und durchaus als eigenständige Parteienfamilie verstanden werden.

Von größerer Tragweite als die Zunahme der Parteienfamilien ist für die Familien aus Parteien als politikwissenschaftliches Idealmodell deren Sinndestabilisierung durch das Wegbrechen ihrer gesellschaftlichen Entstehungsgrundlagen. Die einst beständigen kollektiven ‚Existenzgrundlagen‘ der Parteien wurden durch pluralisierte, diffundierte und flüchtige gesellschaftliche Interessen- und Problemlagen verdrängt. *Cleavages* haben an Erklärungswert für die Stabilisierung und die Strukturierung von Parteienwettbewerbsmustern verloren. Bestenfalls als Bezugspunkt oftmals nur simulierter parteipolitischer Grundkonflikte (vgl. zum Konzept der simulativen Demokratie Blühdorn 2007) wirkt die einst augenfällige, heute aber nahezu nur latente und rudimentär erkennbare elektorale Tektonik fort. Die *Cleavage*-Theorie gilt – längst nicht nur aus systemtheoretischer Sicht – als historisch überholt und wissenschaftlich obsolet, „was bleibt, ist das politische links-rechts-Schema, das es erlaubt, bei wechselnden Themen politische Konflikte zu inszenieren und dabei eine gewisse Linientreue zu wahren“ (Luhmann 2000: 95). Doch auch dieser Gegensatz zwischen Links und Rechts, nach dem Parteien zum einen in politisch progressive versus rückwärtsgewandte oder zum anderen an sozialer Gerechtigkeit stark versus kaum interessierte unterteilt werden können, hat an Strukturierungskraft von Parteiensystemen verloren. Nicht wenige Parteien, insbesondere liberale, sind kaum zweifelserhaben und eindeutig in diesem eindimensionalen Schema zu verorten.

Parteien – so die verbreitete Auffassung in der Parteienforschung – haben auf die gesellschaftlichen Wandlungen in den westeuropäischen Staaten zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in ähnlicher Weise reagiert, nämlich durch Entideologisierung und Loslösung von ihrem historischen Entstehungszusammenhang (vgl. Mair 2008: 212, 219f.). Bei dem durch Otto Kirchheimer (1965) herausgearbeiteten, die weltanschauungsgetragenen Parteien ablösenden Parteitypus, die *Catch-All-Party*, ist das oberste Organisationsinteresse die eigennutzenorientierte Stimmenmaximierung bei Wahlen. Möglichst viele Wähler sollen durch eine breite Themenpalette und ein mobilisierendes Spitzenpersonal an die Partei gebunden werden. Programmmatische Festlegungen und weltanschauliche Verbindlichkeiten, die Widersprüchlichkeiten und Gegensätze bei dem Ziel der umfassenden Interes-

senaggregation sichtbar machen könnten, würden dem *Catch-All*-Leitmotiv entgegenstehen und werden deshalb vermieden.³ Mit dem Bedeutungsrückgang oder sogar dem Nichtvorhandensein von Ideologien und unverbrüchlich geteilten identitätsbildenden Wertvorstellungen unter den Mitgliedern einer Partei – wie bei vielen Parteien der schwächer institutionalisierten und stärker instabilen osteuropäischen Parteiensysteme in ihrer post-autoritären Entwicklungsphase besonders gut ersichtlich (vgl. beispielsweise Holländer 2003; Raciborski/Wiatr 2005) – wird jedoch auch die politikwissenschaftliche Relevanz beanspruchende, zweifelsfreie und langfristig relativ stabile Zuordnung einer Partei zu *einer* Parteienfamilie schier unmöglich.

Vorläufig zusammengefasst sei an dieser Stelle, dass bei einer diachronen Analyse von Parteien nach ihrer Zugehörigkeit zu einer Parteienfamilie das Parteienfamilienkonzept als Idealmodell aufgrund der dargestellten historischen Wandlungen nicht als statische und geschlossene Struktur-, sondern als dynamische und offene Verlaufstypologie zu verstehen ist. Spezifische nationalstaatliche Gesichtspunkte außen vor lassend wurden die einst vorherrschenden Ur-Parteienfamilien durch die klassischen und diese abermals durch die modernen ersetzt, verändert und ergänzt.

3.2 Parteienfamilien als Realmodell: dynamische ideologische und strategische Wahlverwandtschaften?

Parteienfamilien als Realmodell haben in den letzten Jahrzehnten einen Bedeutungsaufschwung in der praktischen, vor allem transnationalen Politik erfahren (vgl. Mittag 2006b: 33). Sich aktiv und freiwillig in Prozesse des *Global* oder *European Governance* einbringende Zusammenschlüsse von nationalen Parteien können in der grenzüberschreitenden Politik ein größeres politisches Gewicht einbringen, ihre Mitgestaltungschancen erhöhen, ‚ihre‘ Bürger an getroffene Entscheidungen rückbinden und dadurch beitragen, die

3 Schon Seymour M. Lipset und Stein Rokkan haben in ihrem makrosoziologischen Konfliktansatz herausgestellt, dass sich Konfliktlinien überlagern können und eine Partei mehrere *Cleavages* ‚vertreten‘ kann. Vor allem die nach ihrer Wähleranzahl größten Parteien eines Parteiensystems lassen sich zumeist gleich mehreren klassischen Parteienfamilien zuordnen. Folgen sind Bindestrichattribuierungen und Subkategorisierungen parteienfamili-entypologisch mindestens hybrider Parteien. Beispiel Christlich Soziale Union: Die CSU ist nach ihrem Selbstbild, ihrer Mitglieder- und ihrer Wählerstruktur eine Volkspartei und kommt Otto Kirchheimers Allerweltparteityp nahe. Gleichzeitig ist sie eine konservative, christliche und regionale Partei, die auch liberale und soziale Politikvorstellungen in sich vereint (vgl. Mintzel 1998). Ihr wird bescheinigt, dass sie in ihrer durch die bayerische Bevölkerung mehrheitlich als erfolgreich wahrgenommenen, seit 1957 ununterbrochenen Regierungszeit den ökonomischen Strukturwandel Bayerns erfolgreich vorangetrieben, ohne christliche Wertmaßstäbe, die Identität des Freistaats oder landsmannschaftliche Traditionen vernachlässigt zu haben (vgl. Lill 2009: 46f.).

potenziell wichtiger werdende Politik jenseits, aber unter Beteiligung der Nationalstaaten zu demokratisieren wie auch stärker zu legitimieren.

Das Phänomen der globalen Parteienzusammenarbeit ist jedoch keineswegs neu. Es hat seinen Ausgangspunkt in den Sozialistischen Internationalen des ausgehenden 19. Jahrhunderts (vgl. Kuper/Jun 1995: 99). Allerdings war die Zugehörigkeit einer nationalen Arbeiterpartei zur von Beginn an auch internationalistischen Arbeiterparteienfamilie für diese wenn überhaupt vor allem von symbolischer und rhetorischer Qualität. Schon kurz nach ihrer Formierungsphase fiel sowohl die revolutionäre als auch die reformorientierte internationale Arbeiter(parteien)bewegung wieder in den jeweiligen nationalen Handlungsraum zurück (vgl. Damm 1999: 396). Die Vereinigung der ‚Proletarier aller Länder‘, wie sie im Kommunistischen Manifest gefordert wurde und als ‚Schlachtruf‘ der Sozialistischen Internationalen fungierte, geriet in weite Ferne. Weil dies einen bedeutsamen Unterschied zum hier interessierenden Phänomen der grenzüberschreitenden Parteienzusammenarbeit darstellt, sei angemerkt, dass der Zusammenschluss der kommunistischen Parteien im real existierenden Sozialismus des Ostblocks, der nach seiner Implosion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein jähes Ende fand, auf Zwang unter der Führung Moskaus und eben nicht auf Freiwilligkeit basierte.

Nicht nur für die Arbeiterparteien waren transnationale Abstimmungen kaum notwendig, sondern auch für die anderen Parteien. Entscheidende Bezugsgrößen einer Partei waren und sind noch immer – auch wenn in den letzten Jahrzehnten graduelle Veränderungen auszumachen sind – die mit ihr um politischen Einfluss, Macht und Verantwortung konkurrierenden Parteien *innerhalb* eines nationalen Parteiensystems. Dies erklärt auch, warum in den Parteien ein Bewusstsein über andere zur Familie gehörende Parteien kaum ausgeprägt ist (vgl. Mair/Mudde 1998: 211f.). Die praktische Relevanz der realen Parteienfamilien war dann am größten, wenn in *einem* Nationalstaat mindestens zwei Parteien *einer* Parteienfamilie angehörten und diese auf der familialen Basis als fortwährende Aktionseinheit im nationalen Parteiengefüge auftraten. So wird die Konsensfindung einer Gemeinschaft aus Parteien bei ihrer Zielfixierung und -umsetzung von vornherein erleichtert. Jedoch ist für ein Parteienbündnis – weder als Wahl- noch als Regierungsbündnis – die Verortung seiner Mitglieder in einer Parteienfamilie Voraussetzung (vgl. Duverger 1959: 335).

Seit Mitte der 1970er Jahre intensivieren sich die übernationalen Aktivitäten der Parteien und/oder der parteinahen Stiftungen beziehungsweise äquivalenten Organisationen im Rahmen des politischen Globalisierungsprozesses (vgl. Seidelmann 2009: 548). Dabei dienen Parteienfamilien als dem konkreten transnationalen Parteihandeln übergeordneter Orientierungspunkt. Bei der globalen Arbeit der Parteien, insbesondere in den internationalen Parteienbündnissen⁴, geht es mehr um einen lockeren Kontakt-, Wissens- und

4 Die wichtigsten internationalen Parteienbündnisse sind aktuell: Centrist Democrat International (CDI-IDC, gegründet 1961), Committee for a Workers' International (CWI, gegrün-

Informationsaustausch und weniger um die globale Durchsetzung parteipolitischer Ziele (vgl. Bartsch 1998: 180). Letzteres trifft schon eher auf die Parteienbündnisse auf europäischer Ebene zu, weshalb diese auch von größerer politischer Tragweite für das reale Parteienfamilienkonzept sind und im Folgenden näher untersucht werden.

Mit der Erweiterung des politischen Bezugsrahmens europäischer nationalstaatlicher Parteien durch den Europäischen Integrationsprozess (vgl. Hix/Lord 1997) gewinnen europäische Dachparteiorganisationen als institutionalisierte Kommunikations-, Interaktions- und Handlungsplattformen zur Erhöhung – je nach Europäisierungsverständnis auch zur Aufrechterhaltung – nationaler parteipolitischer Interessendurchsetzungschancen an Bedeutung. Die Europäischen Parteien haben sich aus lockeren staatenübergreifenden parlamentarischen Kommunikationsplattformen in den Vorläuferinstitutionen des Europäischen Parlaments über Dachvereinigungen hin zu festen Parteienverbänden mit eigenen Ressourcen auf europäischer Ebene entwickelt (vgl. Niedermayer 1983; Johansson/Zervakis 2002). Anders als in anderen internationalen parlamentarischen Versammlungen bildeten sich im Europäischen Parlament beziehungsweise seinen Vorgängerversammlungen schon Anfang der 1950er Jahre Fraktionen nach gemeinsam geteilten politischen Weltanschauungen statt nach Nationalität aus (vgl. Mittag 2009: 42). Beschleunigt wurde die Gründung Europäischer Parteien⁵ durch die Einigung der europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 1974 auf die Einführung der Direktwahl des Europäischen Parlaments (vgl. Sturm/Pehle 2005: 174).

Allen wie ernsthaft und zielgerichtet auch immer betriebenen Bemühungen der nationalen Parteien der aktuell 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union zu ihrer Europäisierung zum Trotz verfügen die supranationalen Europapartei-

det 1974), Global Greens (GG, gegründet 2001), International Democrat Union (IDU, gegründet 1983), International Meeting of Communist and Workers Parties (IMCWP, gegründet 1960), Liberal International (LI, gegründet 1947), Pirate Party International (PPI, gegründet 2010), Socialist International (SI, gegründet 1889), Union of Communist Parties – Communist Party of the Soviet Union (SKP-KPSS, gegründet 1993), World Congress of Patriotic Parties (gegründet 2003), World Ecological Parties (WEP, gegründet 2003), World Socialist Movement (WSM, gegründet 1904) (Stand: 30.09.2010).

5 Die wichtigsten europäischen Parteien(bündnisse) sind aktuell: Alliance for a Europe of Democracies (EUD, gegründet 2005), Alliance of European Conservatives and Reformists (AECR, gegründet 2009), Alliance of European National Movements (AENM, gegründet 2009), European Anti-Capitalist Left (EACL, gegründet 2000), European Christian Political Movement (ECPM, gegründet 2005), European Democratic Party (EDP, gegründet 2004), European Free Alliance (EFA, gegründet 1981), European Green Party (EGP, gegründet 2004), European Liberal, Democrat and Reform Party (ELDR, gegründet 1976), European Left (EL, gegründet 2004), European People's Party (EPP, gegründet 1976), Eüropo - Demokratio - Esperanto (EDE, gegründet 2003), New European Left Forum (NELF, gegründet 1991), Newropeans (gegründet 2005), Nordic Green Left Alliance (NGLA, gegründet 2005), Party of European Socialists (PES, gegründet 1974) (Stand: 30.09.2010, bei dieser Auflistung wurde nicht der formal-juristische Begriff der Europaparteien zugrunde gelegt).

en jedoch nach wie vor nur über eingeschränkte Parteifunktionen und wenig politische Gestaltungsmacht (vgl. Hix 2002). Ein besonders gravierendes Defizit der ‚politischen Parteien auf europäischer Ebene‘ ist trotz ihrer formalen Aufwertungen durch den Maastrichter Vertrag⁶ und das 2003 verabschiedete Parteienstatut die fehlende faktische Kompetenz, eigene Kandidaten für die Europawahlen aufzustellen (vgl. Höhne 2010: 88). Warum die Europaparteien im Vergleich zu den nationalen Parteien in der Europäischen Union noch immer relativ macht- und funktionslos sind, wird mit unterschiedlichen Akzentsetzungen diskutiert. Einige Autoren betonen dabei die sich aus den EU-Strukturen ergebenden unzureichenden Anreize, andere die Antriebs- oder Willenlosigkeit der nationalen Parteien. Beide Argumentationslinien bedingen sich aber letzten Endes gegenseitig und sind durch eine weitere zu ergänzen.

Ausgehend vom Strukturargument gestaltet sich die Konsenssuche innerhalb der Fraktionen des Europäischen Parlaments schwierig, Interessen einer nationalen Partei sind kaum ohne Änderungen umzusetzen, und schließlich entbehrt das Zusammenspiel der EU-Institutionen der Funktionsweise eines parlamentarischen Regierungssystems, auch nach der Ende 2009 in Kraft getretenen neuen EU-Verfassung von Lissabon. Vor allem fehlt der für Parteien eines parlamentarischen Regierungssystems konstitutive Wettbewerb um die Wahl und Abberufung einer Exekutive (vgl. Mair 2000: 39). Gibt es aber wenig zu ‚holen‘ oder kann kaum etwas ohne Kompromisse einzugehen beeinflusst werden, überrascht es auch nicht sonderlich, dass die Anstrengungen dazu gering sind, womit der fehlende Wille der nationalen Parteien angesprochen ist. Supranationale Aktivitäten werden durch die nationalen Parteien „immer nur als Supplement, selten als Komplement und nie als Substitut für nationales Denken und Handeln“ (vgl. Seidelmann 2009: 551) verstanden. Dahinter steht die Logik, dass transnationale Einflussgewinne der Parteien mit anderen Parteien geteilt sind. Kurzum: hat sich eine Partei einmal transnationalisiert, kann sie nicht mehr allein über alle Entscheidungsmaterien bestimmen.

Ein Aspekt, der bei dieser Ursachensuche zu wenig Beachtung findet, ist die inhaltlich-programmatische Heterogenität zwischen den europäischen Dachparteien, aber auch innerhalb ihrer nationalen Mitgliedsparteien. Dadurch wird die grenzüberschreitende Verständigung zwischen den Mitgliedsparteien auf gemeinsame Positionen erschwert, schlimmstenfalls führt sie sie *ad absurdum*. Auf der Inter-Parteien-Ebene zeichnen sich die Europawahlprogramme der Europaparteien deshalb durch Allgemeinplätze aus und tragen den Charakter von Minimalkompromisspapieren (vgl. Hrbek 2009: 196-198). Auf der Intra-Parteien-Ebene ist die Christlich Demokratische Union (CDU) ein Beispiel für die interne Vielstimmigkeit einer Partei (siehe dazu

⁶ „Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration in der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“ (Art. 191 EG-Vertrag)

auch FN 2 weiter oben). Seitdem die Partei im Bund wieder Regierungsverantwortung trägt (2005), hat sie sich gesellschaftspolitisch modernisiert. Seither haben aber auch die öffentlich sichtbar ausgetragenen Auseinandersetzungen über die Parteiidentität zugenommen, vor allem aufgrund der Kritik der sich selbst als konservativ verortenden CDU-Politiker (vgl. jüngst Koch 2010). Vor diesem Hintergrund heißt es in einem Antrag des Bundesvorstands der Christdemokraten an den Bundesparteitag im November 2010:

„Wir bekennen uns zu unseren konservativen, liberalen und christlich-sozialen Wurzeln. Die CDU ist nicht von jedem ein bisschen, sondern alles in einem. Keine dieser Wurzeln ist die alleinig bestimmende. Man kann sie nicht und darf sie nicht gegeneinander ausspielen.“ (Süddeutsche Zeitung, 20.10.2010, S. 6)

Der faktischen Bedeutungszunahme der Parteienfamilien als übernationales – insbesondere europäisches – Realmodell der Parteienzusammenarbeit wird durch eine anwachsende Forschungsaktivität Rechnung getragen. Seit Ende der 1970er Jahre werden Forschungsarbeiten und Prognosen „über mögliche transnationale Kooperationen zwischen den nationalen Parteien und über wahrscheinliche Konturen und Strukturen eines künftigen Parteiensystems“ (Stammen 1977: 51) betrieben. Dazu gehört unter anderem auch die von Hans-Joachim Veen herausgegebene, inzwischen fünfbändige Reihe: „Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa“, in der dazu beigetragen werden soll, „die Integrationschancen der nationalen Parteien zu *einem* Europäischen Parteienbund näher bestimmen zu können.“ (Veen/Gruber 2000: 17, Hervorhebung i.O.) Zum Auffüllen der Forschungslücke zur europäischen Parteienzusammenarbeit trägt auch ein circa 800 Seiten starkes Überblickswerk über Parteien im Europäischen Integrationsprozess bei (vgl. Mittag 2006a).

4. Schlussfolgerungen für und Ausblick auf Parteienfamilien als typologisches Ordnungsinstrument von Parteien

Konsequenzen prinzipiell fortlaufender gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Transformationsprozesse sowie daraus resultierender Wandlungen der Parteienwettbewerbsstrukturen lassen sich in quantitativer und qualitativer Hinsicht für das Parteienfamilienkonzept als Idealmodell ausmachen. Die Anzahl der Parteienfamilien ist historisch gesehen zweimal stark angestiegen, zuerst mit dem Entstehen und danach mit dem Bedeutungsverlust der im 19. Jahrhundert aufgekommenen gesellschaftlichen Großkonflikte. Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts werden bis zu 13 Parteienfamilien ausgemacht.⁷

⁷ Insgesamt zehn Parteienfamilien bilden sich bei Theo Stammen (1977: 235) aus ethnischen und regionalen Minderheiten, extremen Rechtsparteien, Konservativen, Konservativ-Libe-

Letztlich und mehr noch zukünftig ist die genaue Anzahl der eindeutig voneinander abgrenzbaren Parteienfamilien nicht widerspruchsfrei zu bestimmen (vgl. Mair/Mudde 1998: 221-223). Über weitere ‚Erweiterungsrunden‘ des Parteienfamilienkonzepts – insbesondere für populistische und euroskeptische Parteien – wird bereits diskutiert (vgl. dazu auch die Beiträge von Frank Decker/Marcel Lewandowsky und Florian Hartleb in diesem Band). Dies, aber auch der fehlende Konsens darüber, was eine Parteienfamilie ausmacht, ist auf die der historischen Realität folgende qualitative Wandlung des Parteienfamilienkonzepts zurückzuführen. Dessen immanente Spannungen, Inkonsistenzen und Gegensätze sind so stark geworden, dass es für die vergleichende Politikwissenschaft – so die zentrale und im folgenden näher zu begründende These dieses Beitrages – dreifach an analytischem Nutzen verloren hat: erstens an Trennschärfe, zweitens an Umfassungsvermögen und drittens an Bedeutungsgehalt.

Verlust an Trennschärfe: Parteienfamilien lassen sich mit dem Wegbrechen der gesellschaftlichen Grundstrukturen der Ideologien und dem Bedeutungsverlust derselben in den und für die Parteien nicht mehr hinreichend exakt voneinander abgrenzen. Genau dies ist aber für eine längsschnitt- und querschnittanalytisch brauchbare Parteientypologie erforderlich. Darauf wurde im Abschnitt 3.1 näher eingegangen. Der Verlust an analytischer Trennschärfe kann auch nicht gemindert werden, indem sich die multivariable Unterscheidung von Parteien in einzelne Parteienfamilien am im Abschnitt 3.2 behandelten Realmodell von Parteienfamilien orientiert. Dagegen sprechen:

- das in den letzten Jahrzehnten häufiger gewordene Auftreten von Parteienfamilien als instrumentell geformte politische Zweckgemeinschaften (vgl. Sondermann 2006: 363);
- die Aufnahme von Parteien, die in Widerspruch zu den programmatischen Eckpfeilern eines Bündnisses stehen, damit letzteres Stärke gegenüber konkurrierenden Organisationen oder möglichen Verhandlungspartnern demonstrieren kann (vgl. Mair/Mudde 1998: 217);
- die Instabilität von übernationalen Parteienbündnissen, wie jüngst durch den vor der Europawahl 2009 angekündigten und danach exekutierten Austritt der britischen Conservatives aus der Fraktion der Europäischen

ralen, Christdemokraten, Zentrum/agrarischen Parteien, Radikal-Liberalen, Sozialdemokraten, Unabhängige Sozialisten sowie Kommunisten und Verbündete. Klaus von Beyme (1984: 36f.) arbeitet diese neun Parteienfamilien heraus: liberale und radikale Parteien, konservative Parteien, sozialistische und sozialdemokratische Parteien, christdemokratische Parteien, kommunistische Parteien, Bauernparteien, regionale und ethnische Parteien, rechtsextremistische Parteien und die ökologische Bewegung. Paul Lucardie und Barbara Wasner (2000: 2-5) unterscheiden 13 Parteienfamilien: liberale, christliche, sozial-demokratische, sozialistische oder kommunistische, konservative, nationalistische, anarchistische oder freiheitliche, radikal-demokratische, regionalistische, ökologische oder grüne, feministische, idiosynkratische und Interessenparteien.

Volkspartei (EVP) des Europäischen Parlaments illustriert (vgl. dazu auch den Beitrag von Antonius Liedhegener und Torsten Oppelland in diesem Band);

- der Anschluss nationalstaatlicher Parteien an mehrere supranationale Parteienbündnisse mit im extremen Falle unterschiedlichen Selbstverständnissen;⁸
- der Anschluss von Parteien einer idealtypischen Parteienfamilie an unterschiedliche Parteienbündnisse; beispielweise gehören einige grüne Parteien aus Skandinavien einer anderen Fraktion im Europäischen Parlament an als die meisten grünen Parteien Mittel- und Südeuropas (vgl. dazu auch den Beitrag von Sebastian Bukow und Niko Switek in diesem Band);
- das Desinteresse nationaler Parteien an der übernationalen Parteienkoordination;
- die möglichen Eintrittsbarrieren und Abschließungsmechanismen von Parteienbündnissen gegenüber beitragsinteressierten nationalen Parteien.

Verlust an Umfassungsvermögen: Der Verlust an Umfassungsvermögen des Parteienfamilienkonzepts wird deutlich, wenn ‚Vertreter‘ klassischer Parteienfamilien von *Single-* oder *One-Issue* Parteien separiert werden (vgl. etwa bei Deterbeck/Renzsch 2008: 41). Parteien dieses Typs treten seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vermehrt auf – nicht nur bei Wahlen, sondern auch in Parlamenten. Beispiele für temporär erfolgreiche monothematische Parteien sind in Deutschland der in den 1950er Jahren gegründete Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), im luxemburgischen Parteiensystem das Ende der 1980er Jahre aufgekommene Aktionskomitee für Demokratie und Rentengerechtigkeit (ADR) (vgl. Schroen 2009: 496) und in Schweden die bei der Europawahl 2009 mit einem Wählerstimmenanteil von 7 Prozent und einem Mandat reüssierende Piratenpartei (vgl. Althaus 2009: 109). Europaweit konnten bei den jüngeren nationalen und europäischen Wahlen Parteien mit euroskeptischen Wahlausagen Erfolge erzielen (vgl. Taggart 1998 und für die jüngste Entwicklung den Beitrag von Florian Hartleb in diesem Band; zu ihrer Systematisierung vgl. auch Kopecký/Mudde 2002). Elektoral erfolgreiche Ein-Themen-Parteien akzentuieren gesellschaftlich relevante und brisante Probleme, die durch die etablierten Parteien nicht oder zu wenig berücksichtigt wurden. Sie rechnen sich selbst keiner existierenden Parteienfamilie zu. Wenn nun Parteienfamilien als Parteitypologierungsansatz mit uneingeschränktem Geltungsanspruch Bestand haben sollen, dann müssten auch diese Parteien erfasst werden, nämlich durch eine weitere Öffnung des Parteienfamilienkatalogs. Freilich kann eine Partei allein *per definitionem* keine Familie bilden,

⁸ Beispielsweise gehören die Schwesterparteien CDU und CSU sowohl der Christlich Demokratischen Internationale (CDI-IDC) als auch der Internationalen Demokratischen Union (IDU) an (zu den internationalen Parteienbündnissen siehe auch Fußnote 3).

prinzipiell möglich wäre es aber, dass mehrere monothematische Parteien aus mehreren Staaten eine neue Parteienfamilie bilden. Größere Schwierigkeiten würden aber bei der Zuordnung dieser Parteien aufkommen, ohne die in diesem Text herausgearbeitete Parteienfamilienvorstellung ‚kreativ‘ zu überdehnen.

Verlust an Bedeutungsgehalt: Schließlich hat sich auch der Bedeutungsgehalt des realen Parteienfamilienbegriffs verändert. Da Nationalstaaten und seine föderalen oder dezentralen Untergliederungen nicht mehr das alleinige für die Parteien politisch relevante Bezugs- und Handlungssystem darstellen, zeichnen sich die empirischen Erscheinungsformen der Parteienfamilien gewissermaßen analog zu modernen Familien als flexibilisierten und pluralisierten sozialen Beziehungssystemen stärker durch einen instrumentellen denn durch einen ideellen Charakter aus. Das Idealmodell einer Parteienfamilie kann dabei unter Umständen nur noch als Schatten seiner selbst erkennbar sein, das heißt die Inkongruenzen zwischen dem Ideal- und dem Realmodell der Parteienfamilien sind gestiegen.

Ausgehend von den dargelegten Problemen des wissenschaftlichen Parteienfamilienkonzepts, das Parteienfamilien als Agglomerat von Parteien als Produkt ihres gesellschaftlichen Entstehungszusammenhangs auffasst, stellt sich die Frage, ob dieses modifiziert oder durch ein alternatives ersetzt werden kann. Versuche zur Revitalisierung des Parteienfamilienkonzepts durch eine abstraktere und a-historische Rekonzeptualisierung der *Cleavages* waren jedenfalls kaum von Erfolg gekrönt (vgl. etwa bei Mielke 2001: 79). Bei Ansätzen zur geografischen Entgrenzung der westeuropäisch geprägten *Cleavages*, durch Übertragungen auf osteuropäische oder außereuropäische Parteiensysteme, sind mannigfaltige Schwierigkeiten dokumentiert (vgl. Betz 2008; Erdmann 2008; Ufen 2008). Neu aufgekommene politische, soziale, ökonomische und ökologische Herausforderungen (bspw. Probleme der modernen Dienstleistungsgesellschaft, gesellschaftliche Überalterung, steigende Staatsverschuldung, Ressourcen- und Wasserverknappung, Migration, Klimaerwärmung) besitzen offenbar nicht dieselbe dauerhafte gesellschaftliche Spreng- und Strukturierungskraft wie die klassischen Konfliktantagonismen. Gleiches trifft auch für die Auswirkungen der Entgrenzung der Nationalstaaten zu, über die abweichend zu dem hier vertretenen Standpunkt angenommen wird, dass sie zu „einer Neustrukturierung der gesellschaftlichen Konfliktpotenziale“ (Kriesi/Grande 2004: 403) führen. Auch wenn es fragwürdig ist, ob Parteienfamilien eine Renaissance durch zukünftige Konfliktkonstellationen erleben werden, wird das gerade erst begonnene 21. Jahrhundert sehr wahrscheinlich keines sein, in dem auf Parteien und ihre Funktion als Konfliktmanager verzichtet werden könnte und sich insofern auch die Frage nach ihrer wissenschaftlichen Typologisierung weiterhin stellen wird.

Geht man von dem eingangs diskutierten sozialen Familienbegriff aus, kann nach einem modernen soziologischen Verständnis von Familie das, was

sie ist und wer ihr angehört, durch ihre Mitglieder weitgehend selbst bestimmt werden. Auf Parteienfamilien bezogen könnte an die Stelle des Gründungszusammenhangs der bei mehreren Parteien ähnliche, nach außen wie auch nach innen identitätsbildende Markenkern, als das eine Gemeinschaft aus Parteien konstituierende und dem bewussten oder unbewussten politisch-familialen Handeln übergeordnete Merkmal treten. Angenommen wird, dass ein Markenkern für das dauerhafte Bestehen einer Partei im Wettbewerb mit anderen erforderlich ist (vgl. Niedermayer 2010: 9; Korte 2009: 262f.). Dieser Markenkern würde aus programmatischen Leitbildern, Wert- oder Ideologievorstellungen bestehen. Er wäre mit einem Gravitationsfeld vergleichbar, das die prinzipiell vielfältigen, frei schwebenden und potenziell hinzukommenden inhaltlichen Positionen zusammenhält und zu einem die Summe der Einzelpositionen übertreffenden großen Ganzen zusammenfügt. Damit wären Parteienfamilien aber nicht mehr die abhängige Variable historischer politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen sowie daraus hervorgegangener Ideologien, sondern die abhängige Variable des je nach Partei selbstgewählten Markenkerns. In Abhängigkeit der Konfiguration ihres programmatisch-ideologischen Kerns könnten Parteien einer Parteienfamilie zugeordnet werden, auch wenn sie nach der Logik des klassischen Parteienfamilienkonzepts eigentlich bei einer anderen verortet werden müssten, beispielsweise weil sie sich programmatisch umorientiert haben. Fraglich ist jedoch, ob sich ein solcher stabiler Markenkern identifizieren lässt. Nach dem angeführten Modell von Parteien als programmatisch flexible Wählerstimmenmaximierer sind Zweifel daran und damit auch an der analytischen Brauchbarkeit dieses alternativen Parteienfamilienansatzes angebracht.

5. Zusammenfassung

Das Ziel dieses Aufsatzes war die kritische Hinterfragung des Parteienfamilienansatzes für die politikwissenschaftlich vergleichende Forschung. Nach der Bedeutungsanalyse der Termini ‚Partei‘ und ‚Familie‘ folgte die historische Bestandsaufnahme zu Parteienfamilien als politikwissenschaftliches Ideal- und politisches Realmodell. Zentrale Ergebnisse sind erstens: Die Bedeutung des Parteienfamilienterminus hat in der politologischen Theorie-sphäre aufgrund seiner engen Anbindung an die Konfliktlinientheorie ab- und in der politischen Praxis-sphäre im Zusammenhang mit *Global* und *European Governance* zugenommen, ohne dass sich das zwischen beiden Modellen bestehende Ergänzungsverhältnis verbessert hätte. Zweitens: Das Idealmodell der Parteienfamilie ist trotz vieler Kontinuitätslinien kein feststehendes, raum-zeitlich ungebundenes politikwissenschaftliches Typologisierungskonzept, sondern ein dynamisches. Es hat bisher drei wesentliche Entwicklungsschritte erfahren, von den Ur- über die klassischen hin zu den

modernen Parteienfamilien, weitere sind nicht auszuschließen. Drittens: Da Parteien keine oder nur noch begrenzt weltanschaulich getragene Organisationen mehr sind, sind die dem Idealkonzept der Parteienfamilien immanenten Spannungen gestiegen respektive seine Konsistenz und Kohärenz ist zurückgegangen. Der jüngste und zugleich umfangreichste Parteienfamilienkatalog kann als Typologierungsansatz von Parteien nicht dieselbe Trennschärfe beanspruchen wie seine beiden Vorläufer, was für eine synchrone Analyse von Parteien der Gegenwart Schwierigkeiten mit sich bringt.

Auch wenn dem Idealmodell der Parteienfamilien seine ‚Daseinsberechtigung‘ als Ordnungs- und damit letztendlich auch als Erklärungsinstrument nicht gänzlich abzuspüren ist, ist vor seinem unkritischen affirmativen Gebrauch zu warnen. Es ist ohne eine sorgfältige systematisch-theoriegeleitete Reflektion über seine Merkmale, seine zeitlichen Veränderungen und seine Schwächen nicht operationalisierbar und empirisch anwendbar. Bei zukünftigen Analysen von Parteien im Hinblick auf nationalstaatsübergeordnete Muster oder von internationalen wie auch europäischen Parteienbündnissen wird die Forschung nicht umhin kommen, zum einen die gesunkene Erklärungsreichweite des Idealkonzepts der Parteienfamilien einzubeziehen und zum anderen stärker als bisher eine handlungstheoretische anstelle einer historisch-institutionellen Perspektive auf Parteien einzunehmen.⁹

Literatur

- Adam, Silke/Pfetsch, Barbara (2009): Europa als Konflikt in nationalen Medien – Zur Politisierung der Positionen in der Integrationsdebatte. In: Pfetsch, Barbara/Marcinkowski, Frank (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie. PVS-Sonderheft 42/2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 559-584.
- Althaus, Marco (2009): European Style: Lektionen aus dem Europa-Wahlkampf 2009. In: Göhler, Gerhard/Schmalz-Jacobsen, Cornelia/Walther, Christian (Hrsg.): apropos Wahlkampf. Politik und Medien im Superwahljahr 2009. Frankfurt a.M.: Peter Lang, S. 103-124.
- Bartolini, Stefano/Mair, Peter (1990): Identity, Competition and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885-1985. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bartsch, Sebastian (1998): Außenpolitischer Einfluss und Außenbeziehungen der Parteien. In: Eberwein, Wolf-Dieter/Kaiser, Karl (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Bd. 4, Institutionen und Ressourcen. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. München: Oldenbourg, S. 167-184.
- Baumbach, Karl (1882): Staats-Lexikon. Handbuch für jeden Staatsbürger zur Kenntnis des öffentlichen Rechts und des Staatslebens aller Länder, insbesondere des Deutschen Reichs. Leipzig: Verlag des bibliographischen Instituts.

⁹ Für kritisch-konstruktive Anmerkungen zu diesem Text danke ich meiner Kollegin Leonore Marx.

- Best, Heinrich/Hausmann, Christopher/Schmitt, Karl (2000): Challenges, Failures, and Final Success: The Winding Path of German Parliamentary Leadership Groups towards a Structurally Integrated Elite 1848-1999. In: Best, Heinrich/Cotta, Maurizio (Hrsg.): *Parliamentary Representatives in Europe 1848-2000. Legislative Recruitment and Careers in Eleven European Countries*. Oxford: Oxford University Press, S. 138-195.
- Betz, Joachim (2008): Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung in Indien. In: Grabow, Karsten/Köllner, Patrick (Hrsg.): *Parteien und ihre Wähler. Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung im internationalen Vergleich*. Schriftenreihe: Im Plenum. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 123-148.
- Beyme, Klaus von (1984): *Parteien in westlichen Demokratien*. München/Zürich: Piper.
- Blühdorn, Ingolfur (2007): Sustaining the Unsustainable: Symbolic Politics and the Politics of Simulation. In: *Environmental Politics* 16, 2, S. 251-275.
- Budge, Ian/Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea/Bara, Judith/Tanenbaum, Eric (Hrsg.) (2001): *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Caramani, Daniele (2004): *The Nationalization of Politics. The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Daalder, Hans (1966): Parties, Elites, and Political Developments in Western Europe. In: LaPalombara, Joseph/Weiner, Myron (Hrsg.): *Political Parties and Political Development*. Princeton: Princeton University Press, S. 43-77.
- Damm, Sven Mirko (1999): Die europäischen politischen Parteien: Hoffnungsträger europäischer Öffentlichkeit zwischen nationalen Parteien und europäischen Fraktionsfamilien. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 30, 2, S. 395-423.
- Decker, Frank (Hrsg.) (2006): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Deschouwer, Kris (2006): Political Parties as Multi-Level Organizations. In: Katz, Richard S./Crotty, William (Hrsg.): *Handbook of Party Politics*. London: Sage, S. 291-300.
- Detterbeck, Klaus/Renzsch, Wolfgang (2008): Symmetrien und Asymmetrien im bundesstaatlichen Parteienwettbewerb. In: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermaier, Oskar (Hrsg.): *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 39-55.
- Duverger, Maurice (1959): *Die politischen Parteien*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Egle, Christoph (2010): Die Zukunft der Grünen: auf dem Weg zur Scharnierpartei? In: *Note du Cerfa*, Nr. 72. Paris: IFRI.
- Erbentraut, Philipp (2009): Radikaldemokratisches Denken im Vormärz: zur Aktualität der Parteitheorie Julius Fröbels. In: *Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung (MIP)*, 2008/09, 15, S. 5-15.
- Erdmann, Gero (2008): Soziale Konfliktlinien, Ethnizität und Wählerbindung. Konzeptionelle und methodische Forschungsprobleme in Afrika. In: Grabow, Karsten/Köllner, Patrick (Hrsg.): *Parteien und ihre Wähler. Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung im internationalen Vergleich*. Schriftenreihe: Im Plenum. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 37-55.

- Franzmann, Simon (2008): Programatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 37, 1, S. 79-98.
- Graham, Bruce Desmond (1993): Representation and Party Politics. A Comparative Perspective. Oxford/Cambridge: Blackwell.
- Grotz, Florian (2007): Kommunistische Parteien. In: Nohlen, Dieter/Ders. (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. München: C.H. Beck, S. 271-275.
- Gunther, Richard/Diamond, Larry (2003): Species of Political Parties. A New Typology. In: Party Politics 9, 2, S. 167-199.
- Hanley, David (2002): Christian Democracy and the Paradoxes of Europeanization. Flexibility, Competition and Collusion. In: Party Politics 8, 4, S. 463-481.
- Hanley, David (2006): Keeping it in the Family? National Parties and the Transnational Experience. In: European View 3, S. 35-43.
- Hartleb, Florian (2004): Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Helms, Ludger (2006): Das Parteiensystem Großbritanniens. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 213-233.
- Hix, Simon (2002): Parties at the European Level. In: Webb, Paul/Farrell, David/Holliday, Ian (Hrsg.): Political Parties in Advanced Industrial Democracies. Oxford: Oxford University Press, S. 280-309.
- Hix, Simon/Lord, Christopher (1997): Political Parties in the European Union. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Höhne, Benjamin (2010): Strukturmuster, Selektionsprämissen und Resultate von Kandidatenaufstellungen zu Bundestags- und Europawahlen in Deutschland. Eine längsschnitt- und querschnittanalytische Objektivierung subjektiver Anreiz- und Verteilungsstrukturen. In: Jun, Uwe/Ders. (Hrsg.): Parteien als fragmentierte Organisationen: Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 85-121.
- Höhne, Roland (2006): Das Parteiensystem Frankreichs. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 161-187.
- Holländer, Michael (2003): Konfliktlinien und Konfiguration der Parteiensysteme in Ostmitteleuropa 1988-2002. Norderstedt: Books on Demand.
- Holtkamp, Lars/Schnittke, Sonja (2010): Die Hälfte der Macht im Visier. Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen. Bielefeld: Verein zur Förderung kommunalpolitischer Arbeit – Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.
- Holtmann, Everhard/Krappidel, Adrienne/Rehse, Sebastian (2006): Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hrbek, Rudolf (2009): Europawahl 2009: mehr als die Summe nationaler Sekundärwahlen? In: integration 32, 3, S. 193-209.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
- Johansson, Karl Magnus/Zervakis, Peter (Hrsg.) (2002): European Political Parties between Cooperation and Integration. Baden-Baden: Nomos.

- Jun, Uwe (2010): Politische Parteien als fragmentierte Organisationen im Wandel: Eine Einführung. In: Ders./Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteien als fragmentierte Organisationen: Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 11-34.
- Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.) (2009): Zukunft der Mitgliedspartei. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Kempcke, Günter et al. (1984): Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. In zwei Bänden. Berlin: Akademie der Wissenschaften der DDR.
- Kirchheimer, Otto (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift 6, 1, S. 20-41.
- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar (2004): Nationaler politischer Wandel in entgrenzten Räumen. In: Beck, Ulrich/Lau, Christoph (Hrsg.): Entgrenzung und Entscheidung. Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung? Suhrkamp: Frankfurt a.M., S. 402-420.
- Koch, Roland (2010): Konservativ. „Ohne Werte und Prinzipien ist kein Staat zu machen!“ Herder: Freiburg.
- Kopecký, Petr/Mudde, Cas (2002): The Two Sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe. In: European Union Politics 3, 3, S. 297-326.
- Korte, Karl-Rudolf (2009): Volksparteien in der Falle der Reformkommunikation. In: Baus, Ralf Thomas (Hrsg.): Zur Zukunft der Volksparteien. Das Parteiensystem unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung. Schriftenreihe: Im Plenum. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 249-267.
- Kuper, Ernst/Jun, Uwe (Hrsg.) (1995): Transnationale Parteienbünde zwischen Partei- und Weltpolitik. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang.
- Lauth, Hans-Joachim/Winkler, Jürgen (2002): Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 41-79.
- Lepsius, Rainer M. (1966): Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Abel, Wilhelm/Borchardt, Knut/Kellenbenz, Hermann/Zorn, Wolfgang (Hrsg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge. Stuttgart: Gustav Fischer, S. 371-393.
- Leunig, Sven (2009): Länderinteressen und Parteipolitik in föderalen Zweiten Kammern. In: Liedhegener, Antonius/Oppelland, Torsten (Hrsg.): Parteiendemokratie in der Bewährung. Festschrift für Karl Schmitt. Baden-Baden: Nomos, S. 453-466.
- Lill, Matthias F. (2009): Die CSU vor dem innerparteilichen Machtwechsel. In: Baus, Ralf Thomas (Hrsg.): Zur Zukunft der Volksparteien. Das Parteiensystem unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung. Schriftenreihe: Im Plenum. Sankt Augustin/ Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 45-74.
- Linder, Wolf (2009): Das politische System der Schweiz. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 567-605.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Dies. (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives. New York: The Free Press, S. 1-64.

- Lucardie, Paul (2007): Zur Typologie der politischen Parteien. In: Decker, Frank/ Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 62-78.
- Lucardie, Paul/Wasner, Barbara (2000): Parteien am Rande des Parteiensystems: Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden. In: <http://dnpp.eldoc.ub.rug.nl/FILES/root/publicatieLucardie/ParteienamRandedesPa/amrandpartsys00.pdf> (Abruf am 30.09.2010).
- Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mackensen, Lutz (1986): Deutsches Wörterbuch. München: Südwest Verlag.
- Mair, Peter (2000): The Limited Impact of Europe on National Party Systems. In: *West European Politics* 23, 4, S. 27-51.
- Mair, Peter (2008): The Challenge to Party Government. In: *West European Politics* 31, 1-2, S. 211-234.
- Mair, Peter/Mudde, Cas (1998): The Party Family and its Study. In: *Annual Review of Political Science* 1, S. 211-229.
- Mielke, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan. In: Eith, Ulrich/Ders. (Hrsg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 77-95.
- Mintzel, Alf (1998): Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer. Passau: Wiss.-Verl. Rothe.
- Mittag, Jürgen (Hrsg.) (2006a): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa. Essen: Klartext Verlagsgesellschaft.
- Mittag, Jürgen (2006b): Chance oder Chimäre? Die grenzüberschreitende Interaktion politischer Parteien in Europa. In: Ders. (Hrsg.): *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*. Essen: Klartext Verlagsgesellschaft, S. 13-60.
- Mittag, Jürgen (2009): Europäische Parteien im Wandel. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24, S. 42-46.
- Nave-Herz, Rosemarie (2002): Wandel und Kontinuität in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in Deutschland. In: Dies. (Hrsg.): *Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland. Eine Zeitgeschichtliche Analyse*. Stuttgart: Lucius Verlag, S. 45-70.
- Niedermayer, Oskar (1983): Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Niedermayer, Oskar (2008): Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005. In: Ders. (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-36.
- Niedermayer, Oskar (2010): Von der Zweiparteiendominanz zum Pluralismus: Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems im westeuropäischen Vergleich. In: *Politische Vierteljahresschrift* 51, 1, S. 1-13.
- Pelinka, Anton (2002): Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, 3, S. 281-290.
- Pelinka, Anton (2005): Vergleich politischer Systeme. Wien: UTB.

- Poguntke, Thomas (2000): *Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Raciborski, Jacek/Wiatr, Jerzy J. (2005): *Demokratie in Polen: Elemente des politischen Systems*. Opladen: Barbara Budrich.
- Raunio, Tapio (2002): *Why European Integration Increases Leadership Autonomy within Political Parties*. In: *Party Politics* 8, 4, S. 405-422.
- Rotteck, Carl von/Welcker, Carl (Hrsg.) (1848): *Das Staats-Lexikon. Encyclopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände*, Bd. 10. Altona: Verlag von Johann Friedrich Hammerlich.
- Sartori, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Scarrow, Susan E. (2006): *The Nineteenth-Century Origins of Modern Political Parties: The Unwanted Emergence of Party-Based Politics*. In: Katz, Richard S./Crotty, William (Hrsg.): *Handbook of Party Politics*. London: Sage, S. 16-24.
- Schmidt, Manfred G. (2008): *Germany: The Grand Coalition State*. In: Colomer, Josep M. (Hrsg.): *Political Institutions in Europe*. London/New York: Routledge, S. 58-93.
- Schmitz, Erich (2009): *Die Arbeit politischer Stiftungen der Bundesrepublik im Transformationsprozess in Lateinamerika in den 1990er Jahren*. In: Liedhegener, Antonius/Oppelland, Torsten (Hrsg.): *Parteiendemokratie in der Bewährung. Festschrift für Karl Schmitt*. Baden-Baden: Nomos, S. 485-495.
- Schroen, Michael (2009): *Das politische System Luxemburgs*. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 483-513.
- Schüttemeyer, Suzanne S. (1999): *Fraktionen und ihre Parteien in der Bundesrepublik Deutschland: Veränderte Beziehungen im Zeichen professioneller Politik*. In: Helms, Ludger (Hrsg.): *Parteien und Fraktionen. Ein internationaler Vergleich*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 39-66.
- Seidemann, Reimund (2009): *Die Internationalisierung von Parteien – Mythos oder eine Frage des politischen Willens?* In: Liedhegener, Antonius/Oppelland, Torsten (Hrsg.): *Parteiendemokratie in der Bewährung. Festschrift für Karl Schmitt*. Baden-Baden: Nomos, S. 547-562.
- Seiler, Daniel-Louis (1980): *Partis et familles politiques*. Paris: PUF.
- Sondermann, Bernd (2006): *Parteienfamilie ohne Zusammenhalt? Programmmatische Gegenreden von CDU, CDA und Tories auf die neue Sozialdemokratie*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Spier, Tim (2010): *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stammen, Theo (1977): *Parteien in Europa. Nationale Parteiensysteme – Transnationale Parteienbeziehungen – Konturen eines europäischen Parteiensystems*. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.
- Steininger, Rudolf (1984): *Soziologische Theorie der politischen Parteien*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Strøm, Kaare (1990): *A Behavioral Theory of Competitive Political Parties*. In: *American Journal of Political Science* 34, 2, S. 565-598.
- Sturm, Roland/Pehle, Heinrich (2005): *Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in*

- der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Styckow, Petra (2007): Vergleich politischer Systeme. Paderborn: Wilhelm Fink.
- Süddeutsche Zeitung, 20.10.2010, S. 6.
- Taggart, Paul (1998): A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary Western European party systems. In: *European Journal of Political Research* 33, 3, S. 363-388.
- Ufen, Andreas (2008): Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung in Südostasien. Indonesien und Malaysia im Vergleich. In: Grabow, Karsten/Köllner, Patrick (Hrsg.): *Parteien und ihre Wähler. Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung im internationalen Vergleich*. Schriftenreihe: Im Plenum. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 103-122.
- Veen, Hans-Joachim/Gruber, Ludger (2000): Einführung. In: Veen, Hans-Joachim (Hrsg.): *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. 5, Schweiz, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Europäische Demokratische Union (EDU), Europäische Volkspartei (EVP). Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh, S. 15-34.
- Ware, Alan (1996): *Political Parties and Party Systems*. Oxford: Oxford University Press.
- Wiesendahl, Elmar (1980): *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion (Hrsg.) (1999): *Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache*. In zehn Bänden. Mannheim u.a.: Bibliographisches Institut.
- Zohlnhöfer, Reimut (2006): Das Parteiensystem Italiens. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 275-298.